

Arbeitsvertrag für Gleitzonenarbeitsverhältnis

Zwischen _____

– nachfolgend „Arbeitgeber“ genannt –

und

Herrn/Frau _____

wohnhaft _____

– nachfolgend „Arbeitnehmer/-in“ genannt –

wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis beginnt am ...

§ 2 Gleitzonenarbeitsverhältnis

Die Parteien sind sich einig, dass das Teilzeitarbeitsverhältnis im Rahmen eines Gleitzonenarbeitsverhältnisses erfolgt.

Der Arbeitnehmer versichert hierzu ausdrücklich, dass er

– derzeit in keinem weiteren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis steht.

– die tatsächliche bzw. auch nur geplante Aufnahme eines weiteren Arbeitsverhältnisses mitteilen wird.

Der Mitarbeiter wurde darauf hingewiesen, dass er bei un- wahren Behauptungen Schadensersatzpflichtig sein kann.

Ab 1.7.2019 obsolet:

Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer darauf hingewiesen, dass für die Bemessung des Arbeitnehmerbeitragsanteils zur Rentenversicherung anstatt der Gleitzone Regelung auch das tatsächlich erzielte Entgelt berücksichtigt werden kann. Bei Wahl dieser Regelung erhöht sich die Rentenansparung. Der Arbeitnehmer übt die folgende Wahl aus:

Er möchte diese Zuzahlung zur Rentenversicherung aus sei- nem Beitragsanteil bis zur gesetzlichen Höhe

[] zu seinen eigenen Lasten wünscht (Verzicht auf die Gleit- zonenregelung).

[] nicht wünscht (Anwendung der Gleitzone Regelung).

Der Arbeitnehmer wurde darauf hingewiesen, dass der Ver- zicht auf die Gleitzone Regelung lediglich mit Wirkung für die Zukunft und bei mehreren Beschäftigungen innerhalb der Gleitzone nur einheitlich abgegeben werden kann und für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses bindend ist.

§ 3 Probezeit

Das Arbeitsverhältnis wird auf unbestimmte Zeit geschlos- sen. Die ersten sechs Monate gelten als Probezeit. Während der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis beiderseits mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.

§ 4 Tätigkeit

Der Arbeitnehmer wird als ... in ... eingestellt

Er verpflichtet sich, auch andere zumutbare Arbeiten aus- zuführen, die seinen Vorkenntnissen und Fähigkeiten ent- spricht und ihm tatsächlich zumutbar ist.

§ 5 Arbeitsvergütung

Der Arbeitnehmer erhält eine monatliche Bruttovergütung von ... € brutto.

§ 6 Arbeitszeit

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt derzeit ___ Stunden.

§ 7 Urlaub

Der Arbeitnehmer hat Anspruch auf einen gesetzlichen Min- desturlaub von derzeit 20 Arbeitstagen im Kalenderjahr – ausgehend von einer Fünf-Tage-Woche.

§ 8 Verschwiegenheitspflicht

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, während der Dauer des Arbeitsverhältnisses und auch nach dem Ausscheiden, über alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu bewahren.

§ 9 Nebentätigkeit

Jede entgeltliche oder das Arbeitsverhältnis beeinträchtigen- de Nebenbeschäftigung ist nur mit Zustimmung des Arbeit- gebers zulässig.

§ 11 Kündigung

Nach Ablauf der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist vier Wochen zum Fünfzehnten oder Ende eines Kalendermonats. Jede gesetzliche Verlängerung der Kündigungsfrist zuguns- ten des Arbeitnehmers gilt in gleicher Weise auch zugunsten des Arbeitgebers. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Vor Antritt des Arbeitsverhältnisses ist die Kündigung ausge- schlossen.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Arbeitnehmer bis zur Be- endigung des Arbeitsverhältnisses freizustellen. Die Freistel- lung erfolgt unter Anrechnung der dem Arbeitnehmer even- tuell noch zustehenden Urlaubsansprüche sowie eventueller Guthaben auf dem Arbeitszeitkonto. In der Zeit der Freistel- lung hat sich der Arbeitnehmer einen durch Verwendung seiner Arbeitskraft erzielten Verdienst auf den Vergütungs- anspruch gegenüber dem Arbeitgeber anrechnen zu lassen.

Das Arbeitsverhältnis endet spätestens mit Ablauf des Mo- nats, in dem der Arbeitnehmer das für ihn gesetzlich festge- legte Renteneintrittsalter vollendet hat.

§ 14 Verfall-/Ausschlussfristen

Die Vertragsparteien müssen Ansprüche aus dem Arbeits- verhältnis innerhalb von drei Monaten (oder: sechs Monaten) nach ihrer Fälligkeit in Textform geltend machen und im Falle der Ablehnung durch die Gegenseite innerhalb von weiteren drei Monaten einklagen. Andernfalls erlöschen sie. Für An- sprüche aus unerlaubter Handlung verbleibt es bei der ge- setzlichen Regelung.

Ort, Datum Unterschriften